# Krakauer Zeitung.

Nr. 86. Montag den 16. April 1866.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Versendung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Nkr., einzelne Nummern 5 Nr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierspaltige Petitzeile 5 Nkr., im Anzeigeblatt für die erste Einrückung 5 Nkr., für jede weitere 3 Nkr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Annoncen übernehmen die Herren: Haasenstein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 2. April d. J. dem Bauunternehmer in Pest August von Maygraber in Anerkennung seiner gemeinnützigen Thätigkeit das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 6. April d. J. dem Provinzial-Deputirten Dr. Agostino Agostini in Treviso in Anerkennung seines vieljährigen verdienstlichen Wirkens das Ritterkreuz des Franz-Joseph-Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Oberlieutenant im König Ludwig II. von Baiern 5. Infanterieregimente Friedrich Freiherrn von Hacke die k. k. Kämmererswürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 1.. April d. J. dem Thürhüter im Staatsministerium Martin Alexy aus Anlaß des von ihm angesuchten Uebertrittes in den bleibenden Ruhestand in Anerkennung seiner vieljährigen treuen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

---

### Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Oberst Joseph Baumrucker Edler v. Robelswald, des Armeestandes, zum Lagerplatzcommandanten zu Bruck an der Leitha;

der Stellvertreter des Vorstandes der 3. Abtheilung des Kriegsministeriums, Oberstlieutenant Arnold Köveß von Aszód und Harkály, des Husarenregiments Carl I. König von Württemberg Nr. 6, zum Obersten mit der Eintheilung in die Rangsevidenz beim Husarenregimente Graf Pálffy Nr. 14, und zum Vorstande der 3. Abtheilung des Kriegsministeriums,

der Vicesecondwachtmeister der Ersten Arcieren-Leibgarde, Titularmajor Ludwig Edler v. Glotz zum Gardesecondwachtmeister und wirklichen Major;

der Rittmeister erster Classe Ignaz Scharinger, des Uhlanenregiments Maximilian I. Kaiser von Mexico Nr. 8, zum Major mit der Eintheilung in die Rangsevidenz beim Uhlanenregimente Ludwig Graf von Trani, Prinz beider Sicilien Nr. 13, und zum Stellvertreter des Vorstandes der dritten Abtheilung des Kriegsministeriums;

der Hauptmann erster Classe Carl Prochaska, des serbisch-banater Gränzinfanterie-Regiments Nr. 14, unter gleichzeitiger Versetzung in den Ruhestand mit Majorscharakter ad honores, zum Bürgermeister der Militärgränzcommunität zu Pancsova.

Pensionirung:

Der Secondwachtmeister der ersten Arcierenleibgarde, Major Johann Edler v. Benak, mit Oberstlieutenantscharakter ad honores; und der Hauptmann erster Classe, Nicolaus Ritter v. Klyucharich, Inspectionsofficier im Militärbadehause zu Carlsbad, mit Majorscharakter ad honores.

---

## Nichtamtlicher Theil.

### Krakau, 16. April.

Die Depesche, welche Herr v. Beust an den königlich sächsischen Gesandten in Berlin, Grafen Hohenthal, als Antwort auf das preußische Rundschreiben gerichtet hat, entnehmen wir nachstehend folgende wesentliche Stellen. Nach einer längeren Einleitung, in welcher die Motive angeführt werden, weshalb die Antwort schriftlich erfolgt, läßt sich Herr von Beust eines Längern über den Gasteiner Vertrag und den Wiener Frieden aus, mit großem Behagen auf die Widersprüche hinweisend, in welche sich die Vormächte seit Beginn des dänischen Krieges bis heute verwickelt, und fährt dann auf die Sache eingehend fort:

Das gegenwärtige preußische Circular zeigt uns die österreichischen Rüstungen an und die Drohung, die in denselben gegen Preußen liegt. Es gereicht mir zur hohen Befriedigung, daß ich der Nothwendigkeit, diesen Theil des Rundschreibens eingehend zu prüfen, durch die Note enthoben bin, die am 31. März von dem österreichischen Gesandten in Berlin überreicht wurde und in welcher seitens Oesterreichs jede Absicht eines Angriffs — an welche zu glauben wir selbst durchaus keinen Grund hatten — auf das Feierlichste und Kategorischste dementirt und außer Frage gestellt wurde, während Oesterreich sich zur selben Zeit verbindlich machte, jene Punctationen des Bundesvertrags genau einzuhalten, die es den Bundesmitgliedern verbietet, zur Selbsthilfe zu schreiten. Es bleibt uns daher nichts übrig, als die Hoffnung auszudrücken, daß dieser Erklärung eine dem Bundesfrieden gleich günstige Erklärung Preußens sich anschließen und daß die gleichzeitige Einstellung der militärischen Maßnahmen einem Stande der Ungewißheit und Besorgniß ein Ziel setzen werde, welche bereits schwer auf die Geschäfte zu drücken beginnt und durch seine Fortdauer auch den übrigen Regierungen mit Rücksicht auf ihre Bundespflichten schwere Verpflichtungen auferlegen würde.

Nun wendet sich der sächsische Staatsminister jenem Theil der preußischen Depesche zu, welcher die Mängel der gegenwärtigen Bundesorganisation namentlich in militärischer Beziehung betonend, die Klage ausstieß, „daß es (Preußen) bei jedem Angriffe, komme er von Oesterreich oder von anderen Mächten, immer auf seine eigenen Kräfte angewiesen sei.“ Herr von Beust gibt die Verbesserungsfähigkeit der Bundesorganisation zu, aber, daß die Klage Preußens begründet sei, das, sagt er, sei durchaus nicht bewiesen. Der Conflict vom Jahre 1850 beweise nichts, da dazumal die mangelhafte Organisation außer Kraft und von Preußen nicht anerkannt war. Nun folgt eine Reihe von Fragen, welche den Beleg bilden sollen für die Behauptung, daß der Bund in der That stets bereit war, Preußen seine Kräfte zur Verfügung zu stellen. So 1840, während des Krimkriegs und endlich während des italienischen Krieges im Jahre 1859. Aus allem dem deducirt Herr von Beust, daß Preußen nicht nur nicht im Nachtheil, sondern im Vortheil ist, da es sich engagiren kann, ohne Rücksicht auf den Bund, und wenn die Gefahr nahe rückt, doch immer auf den Bund zählen darf.

Mit feiner, fast zu feiner Ironie fertigt Herr von Beust den preußischen Händelsucher und Ränkeschmied ab, der in seinem bekannten Rundschreiben die Lage Preußens als bedroht bezeichnete, insofern es nicht der Unterstützung Deutschlands sicher wäre. Darauf antwortet die Depesche wie folgt:

Nun, wir schöpfen aus dieser Angabe die beruhigende Ueberzeugung, daß Preußen die Wichtigkeit Deutschlands für es in demselben Maße anerkennt, als Deutschland seinerseits eine ähnliche Meinung über Preußen hegt. Diese Gewißheit hindert uns zugleich, uns im Ernste mit gewissen Eventualitäten zu beschäftigen, auf welche „die vernichtete Macht Preußens“ oder „das Schicksal Polens“ hindeuten.

Bezüglich der bereits in dem preußischen Rundschreiben berührten Bundesreform äußerst sich Herr v. Beust rückhaltender als sein baierischer College. Herr v. Beust hält den gegenwärtigen Zeitpunct nicht für den günstigen, um eine Reorganisation des Bundes anzubahnen. Der Moment, da Zwistigkeiten in der Familie stattfinden, ist nicht geeignet, den Bau eines neuen Hauses anzufangen. Man kommt so, meint Herr v. Beust, leicht zur Zerstörung des schon fertigen Baues, nie aber zur Aufführung eines neuen Gebäudes. Uebrigens verwahrt sich der sächsische Staatsminister dagegen, wenn man in seiner Ausführung den Wunsch nach Aufschiebung der Bundesreform erblicken wollte und antwortet zum Schlusse auf die bekannten kategorischen Fragen Preußens:

Die gegenwärtige Lage und die Beilegung der Gefahren, welche die Depesche vom 24. März signalisirt, fordern nur zu einer Anwendung der bestehenden Bundesgesetze auf, welche ganz positiv dem Bundesmitgliede, das ernsthaft bedroht wäre, die Unterstützung und den Schutz des Bundes garantiren. Die Antworten, die an die königlich preußische Regierung erflossen, zufolge der Depesche vom 24. März, müssen ihr (so weit sie hier bekannt sind) die vollste Beruhigung gegeben haben, da sie darthaten, daß alle Bundesmitglieder vollkommen die Verpflichtungen kennen, welche ihnen die Bundesgesetze auferlegten, und daß Preußen, würde es angegriffen, auf deren Hilfe rechnen könnte.

Diese Würdigung der Sachlage hat ganz natürlich die Antwort veranlaßt, die ich wörtlich an Herrn v. Schulenburg richtete und die ich hier nochmals wiederholen will: „Wenn die k. preußische Regierung es angemessen findet, sich an die Bundesversammlung zu wenden, wird die k. sächsische Regierung gemäß den Bundesgesetzen zu Gunsten der preußischen Forderung stimmen; sie wird folgerichtig auch so vorgehen, um den Angreifer zu bekämpfen.“ Das war die Antwort auf die erste Frage, nämlich auf jene, durch die man wissen wollte, was von uns in dem Falle, als Preußen von Oesterreich angegriffen würde, zu erwarten wäre.

Die zweite Frage hingegen, durch die man nämlich wissen wollte, was von uns zu erwarten wäre in dem Falle, als Preußen durch positive Drohungen gezwungen würde, Krieg zu führen, die Frage ist unseres Dafürhaltens solcher Natur, daß wir sie im Principe und nach den Bundesverfügungen nicht für möglich halten können. Da sie aber einmal formulirt ist, müssen wir also erklären, daß wir sie nicht als so geartet betrachten, daß sie durch eine einzige der Bundesregierungen, ohne in die Competenzen des Bundes einzugreifen, entschieden werden könnte.

Wir haben eines Artikels der ministeriellen preußischen „Prov.-Corr.“ Erwähnung gethan, in welchem unter Anderem in Bezug auf die letzte an Preußen gerichtete österreichische Depesche gesagt wurde, die Berufung auf eine vermeintliche bedrohliche Aeußerung des königlich preußischen Minister-Präsidenten Grafen v. Bismarck, welche die Aufrechthaltung des Gasteiner Vertrages betraf, habe sich sofort „als das Ergebniß einer durchaus mißverständigen Wiedergabe derselben und ihre Deutung als völlig unberechtigt herausgestellt.“ Die „Wiener Abendpost“ schreibt hierüber: Eine ohne Zeugen gepflogene Unterredung hätte sich unserer Ansicht nach kaum zu einer öffentlichen Erwähnung geeignet. Jedenfalls aber konnte diese Darstellung unsere Ueberzeugung nicht erschüttern, daß der k. Gesandte in Berlin, dessen ruhige und rein objective Auffassung sich nie verleugnet hat, der Aeußerung des Grafen Bismarck nicht eine der Wahrheit ganz entgegengesetzte Deutung unterlegt haben wird und daß er vollkommen in der Lage ist, seine Berichterstattung zu vertreten. Der Eindruck, daß jene Aeußerung keinen beruhigenden Charakter hatte, dürfte übrigens nicht nur in Wien, sondern auch anderwärts der herrschende geworden sein. Und vielleicht läßt sich selbst aus dem Umstande, daß Herr v. Bismarck es für angemessen erachtete, in einer späteren Ueberredung mit dem Grafen Károlyi seine Redewendung zu erläutern, ohne Zwang folgern, daß jene ursprüngliche Interpretation keine völlig unberechtigte war. (Bei Vorlesung der österreichischen Note durch den Grafen Karolyi soll Graf Bismarck, als der österreichische Gesandte bei der auf mündliche Aeußerungen des Grafen Bismarck bezüglichen Stelle angelangt, ihn mit der Frage unterbrochen haben, ob er (Graf Karolyi) etwas Derartiges nach Wien berichtet habe; er werde sich doch erinnern, daß er (Graf Bismarck) eine solche Erklärung nicht abgegeben habe. Graf Karolyi erwiderte, daß er allerdings einen dem in der Note enthaltenen entsprechenden Bericht nach Wien gesendet, denselben aber nicht in der Art, wie Graf Mensdorff, aufgefaßt habe. Als der Graf Karolyi sich darauf weigerte, seinen Bericht demgemäß zu erläutern, erklärte Graf Bismarck, er werde fürderhin nicht mehr in der Lage sein, andere als protocollarisch controlirte Unterredungen mit dem Gesandten zu haben. Erst nach diesem Intermezzo habe Graf Karolyi die Vorlesung der Note zu Ende geführt.)

Die „Köln. Ztg.“ behauptet, die neueste österreichische Note mache die Einstellung der österreichischen Rüstungen weder abhängig von der officiellen preußischen Demobilisirung, noch enthalte sie die positive Aufforderung, die preußischen Rüstungen rückgangig zu machen. Nach anderen Berichten geht die österreichische Replik auf die Schlußworte der preußischen Antwortsnote vom 5. April, daß es der kaiserlichen Regierung nicht an Gelegenheit fehlen werde, das Wohlwollen, von welchem sie sich gegen den preußischen Staat beseelt erkläre, auch zu bethätigen, ein, um neben der Erinnerung an die sehr werthvollen Zugeständnisse, welche Oesterreich gerade im Laufe der Verhandlungen über die schleswig-holstein'sche Frage, und vielleicht nicht jederzeit im Sinne der Majorität der deutschen Regierungen dem preußischen Interesse einzuräumen bereit gewesen, nicht ohne einen Anflug von Ironie darauf hinzuweisen, daß bei den fast von Tage zu Tage wechselnden Postulaten des preußischen Interesses, Oesterreich dieses Interesse vor allen Dingen in fester und definitiver Gestalt formulirt zu sehen wünschen müsse, damit es nicht in die Lage komme, heute einem preußischen Interesse Genüge zu leisten, und morgen, eben weil es ihm Genüge geleistet, der Mißachtung desselben geziehen zu werden.

Der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 13. d. zufolge ist die preußische Antwort auf die österreichische Note vom 9. April noch nicht erfolgt. Ein Wiener Tel. der „Boh.“ vom 14. d. meldet: Eine preußische Antwort ist auch heute noch nicht eingetroffen. Vertrauliche Berichte aus Berlin lauten entschieden beruhigend. Dem „N. Frmdbl.“ wird die Lage mit den Worten charakterisirt, daß eine Vermittlung im Zuge ist. Ein Berliner Telegramm der „Schl. Ztg.“ meldet: Oesterreich will den Antrag auf Kriegsbereitschaft des Bundes noch verschieben. Eine mittelstaatliche Regierung empfiehlt die gleichzeitige Zurücknahme der militärischen Vorkehrungen beider Mächte. Die „K. Z.“ sagt, daß ihr, während die Berliner Correspondenzen sehr kriegerisch lauten, „ein Mann, der am besten unterrichtet zu sein pflegt,“ ganz im Gegentheil schreibt: „Nach meiner Auffassung ist eine Friedensstörung zwischen Preußen und Oesterreich nach den gegenseitigen Erörterungen nicht mehr zu fürchten.“

Wie man berichtet, sind auch Württemberg und Baden bereit, sich dem baierischen Pferdeausfuhr-Verbote anzuschließen, um die Ausfuhr von Pferden durch die Schweiz nach Italien unmöglich zu machen.

---

Die „N. A. Z.“ will wissen, daß bereits mehrere deutsche Regierungen, namentlich Baiern, Baden und Weimar, sich mündlich über den preußischen Antrag auf Parlamentsberufung zur Berathung der Bundesreform beifällig geäußert haben. Diese Nachricht ist, wie es scheint, cum grano salis aufzufassen. Die „Baierische Zeitung“ erklärt die Zeitungsgerüchte, daß bezüglich der preußischen Reformvorschläge bereits eine Verständigung zwischen Preußen und Baiern zu Stande gekommen sei, für grundlos. Die bairische Regierung kenne die Vorschläge so wenig wie die anderen Bundesregierungen, sei jedoch bereit, in eine Prüfung der von Preußen zu machenden Vorschläge einzutreten. Das „Mem. dipl.“ vernimmt aus Frankfurt, alle Bundestagsgesandten seien dahin instruirt, die Opportunität der Bundesreform anzuerkennen, jedoch zu erklären, der von Preußen vorgeschlagene Modus sei nicht geeignet, zum Ziele zu führen.

Ueber die Stellung Baierns zu den preußischen Plänen schreibt man der „Gen.-Corr.“ aus München: „Sind wir recht berichtet, so durchschaut unser Minister die Absichten Bismarcks besser, als irgend ein deutscher Politiker; so weiß er, daß das Bundesreformproject mit der Forderung an die deutschen Regierungen, die Waffen auszuliefern, anhebt, um mit der Mediatisirung zu schließen. So hat der römische Uebermuth einst an Karthago gehandelt.“

Der Wiener Correspondent der „Börsenhalle“ schreibt: Oesterreich werde Alles aufbieten, den preußischen Bundesreformvorschlag wenigstens für jetzt abzuschwächen; die Herzogthümerfrage sei nur nach altem Bundesrechte austragbar. Oesterreich behalte seine Position in Deutschland, andererseits habe der Kaiser von Oesterreich neuerdings durch ein eigenes Handschreiben an Preußen seine Friedensliebe constatirt.

Die „W. Abendpost.“ nimmt den Artikel der „Baierischen Zeitung, welcher sich über das preußische Reformproject sehr vorsichtig äußert, zum Anlaß, um zu erklären, daß auch sie eine Reserve in dieser Angelegenheit für geboten halte; dabei constatirt jedoch die „Wiener Abendpost“, daß das Reformbedürfniß in Deutschland ein so dringendes, die Nothwendigkeit, den Bund zeitgemäß zu reorganisiren, eine so allgemein anerkannte sei, daß eine Bestrebung in dieser Richtung an sich gewiß nur auf Zustimmung rechnen könne. Oesterreich wenigstens, fügt das Blatt bei, sei heute wie vor drei Jahren fest entschlossen, jeder Reform die den wahren Grundlagen des gesammtdeutschen Staatslebens und dem nationalen und freiheitlichen Bedurfniß entspricht, seine Unterstützung zu verleihen, und es könne in diesem Entschlusse, für den es bereits werkthätig eingetreten, dadurch nicht beirrt werden, daß etwa der Vorschlag von einer Seite ausgehe, von der man wenigstens eine Reform in diesem Sinne im vorhinein nicht erwartet. Das erwähnte Blatt erwartet von Preußen ein positives, concretes Programm und bemerkt weiter: „Irren wir nicht, so wird das Berliner Cabinet bei dem Wunsche nach einer solchen Gesammtreform aus dem „endlosen Materiale zur deutschen Frage mit Glück einige Sätze der Reformacte herausgreifen können. Mag auch Manches in dieser Acte seither durch die Ereignisse überholt sein, insbesondere die schleswig-holstein'sche Frage manche Verhältnisse in eine andere Entwicklung gedrängt haben: die dort aufgestellten Grundsätze haben in der That zu einer Verstandigung geführt, die für die vollständige Einigung von mehr als vorübergehender Bedeutung werden könnte. Allerdings wären dazu Aufrichtigkeit und wirklich guter Wille unerläßliche Vorbedingungen. Der preußische Vorschlag wird zeigen, ob und wieweit die Besorgnisse unbegründet sind, welche dem Berliner Cabinet gerade in Bezug auf diese Vorbedingungen fast ausnahmslos im außerpreußischen und wol auch im preußischen Deutschland entgegengehalten werden.

Der württembergische Staatsminister des Aeußern, Herr v. Varnbühler, ist am 13. d. in München eingetroffen, um mit Freih. v. d. Pfordten, namentlich bezüglich der Bundesreformfrage, zu conferiren.

Nach einer Wiener tel. Depesche der „Schles. Z.“ vom 13. d. hat die Mehrzahl der Bundesregierungen sich dahin geeinigt, daß dem Beginne der Berathung des preußischen Antrages auf ein deutsches Parlament eine Einigung über den dem Parlamente vorzulegenden Bundesreformentwurf vorangehen müsse.

Die „Rheinische Zeitung“ versichert, Bismarck erstrebe den Zusammentritt des deutschen Parlamentes bis 1. September. Sei die Bundes-Majorität dagegen, so werde die Berufung der Volksvertreter nach Berlin oder einer anderen preußischen Stadt beabsichtigt.

Die Angaben über Vermittlungsvorschläge Rußlands und einen Protest Frankreichs gegen die Bundesreform sind nach der „Zeidl. Corr.“ unbegründet.

Ueber die Stellung, welche die französische Regierung dem preußischen Antrag auf Bundesreform gegenüber einnehmen dürfte, wird der deutschen „Nordd. Ztg.“ unter dem 10. April aus Paris geschrieben: „Man war in den Tuilerien mehr als überrascht von der Sache, und ich müßte sehr irren, wenn Frankreich

der Verwirklichung der Idee Preußens, sich die Wehrkräfte Norddeutschlands dienstbar zu machen, ruhig zusehen würde. Ist auch Graf v. Bismarck damit noch kein Cavour, so würde ihm doch auf diese Idee mit einer Idee à la Savoie geantwortet werden dürfen."

---

Die „Const. Oestr. Ztg." schreibt: Das neue oder, richtiger, das neueste preußische Programm hat sich noch nicht vollständig enthüllt, aber seine Zipfel lassen sich doch schon erfassen: die Herzogthümer ganz preußisch, der übrige deutsche Norden wenigstens unter preußischer Militärhoheit — diese Minimal-Forderungen liegen bereits erkennbar genug vor, und was Preußen vom Bundestag nicht erwarten könnte, will es vom Parlament begehren. Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo. Wenn aber zufällig auch der Acheron seine Dienste versagen sollte — was dann? Und wir halten es nicht für unwahrscheinlich, daß er sie versagt. Man frage umher, nicht bei den deutschen Regierungen, sondern bei den deutschen Stämmen, mit oder ohne allgemeines Stimmrecht, ob sie empfänglich sind für den Vortheil und die Ehre, eine preußische Satrapie zu werden. Und wenn nun das deutsche Parlament in allen seinen außerpreußischen Elementen ein entschiedenes Nein spricht, wird dann dasselbe Preußen, welches zu hoch steht, um sich in Gemäßheit der geltenden Bundesgesetze von den Regierungen majorisiren zu lassen, sich der Majorisirung durch eine Volksvertretung fügen wollen? Und, wenn nicht, welche fernere „logische Consequenz" bleibt dann noch übrig, als das „Friß Vogel, oder stirb?" Die innere Unwahrheit dieses preußischen Reform-Antrages, die souveräne Verachtung alles Parlamentarismus und dabei die Ausbeutung desselben Parlamentarismus für bestimmte Zwecke ist der gefährlichste Gegner des Grafen Bismarck. Die Gewaltthat ist ein trauriges Regierungsmittel, aber es gibt noch etwas Traurigeres, und das ist die Heuchelei der Gewaltthat.

Die „Kreuzztg." sieht den preußischen Bundesreformantrag mit scheelen Augen an. Sie constatirt, daß es wesentlich zwei Puncte sind, welche im Schooß der conservativen Partei überrascht und hier und da sogar Anstoß erregt haben. Nämlich erstens die Thatsache, daß Preußen überhaupt ein deutsches Parlament ins Leben zu rufen gedenkt; und sodann der Umstand, daß dies deutsche Parlament aus allgemeinen directen Wahlen hervorgehen soll.

Die „Berliner Börsenzeitung" hofft, daß alles auf ein Oesterreich aus Deutschland ausschließendes Arrangement hinauslaufen werde. Ihr scheint die Zeit nahe zu sein, wo Oesterreichs Rolle in Deutschland zu Ende gespielt ist. Die Trennung vom Habsburg'schen Kaiserstaate sollte Deutschland nicht schwer fallen.

„La France" stellt die deutschen Berichte über den Bismarck'schen Antrag, über preußische Rüstungen, über die Pferdeausfuhrverbote 2c. zusammen und sagt: Denkt man über diese Situation nach und erwägt man die Verhältnisse, die der Conflict im Herzen des aufgeregten Deutschlands angenommen hat, so fragt man sich, was denn eigentlich aus der Herzogthümerfrage geworden sei?

Die „Liberté" kann sich die innere Action des Herrn v. Bismarck mit seiner auswärtigen nicht zusammenreimen. Es sei dies gerade so, sagt sie, als fabricire man für die Ausfuhr Freiheitsmützen und für den eigenen Verbrauch Mundknebel.

---

Gegenüber der fortgesetzten Behauptung von bedrohlichen Rüstungen Oesterreichs, der wir in preußischen und selbst in halbamtlichen preußischen Blättern begegnen, ist die „Const. Oestr. Ztg." ermächtigt, wiederholt und auf das Bestimmteste zu versichern, daß bis zur Stunde keine, weder ganze noch theilweise, Mobilmachung beschlossen und speciell daß bis zur Stunde auch nicht ein einziger Urlauber auch nicht eines einzigen Truppenkörpers einberufen worden ist.

In den preußischen Blättern finden wir zahlreiche Nachrichten, welche beweisen, mit welchem Eifer und in welch' großem Umfang die Rüstungen fortgesetzt werden. Aus Berlin wird gemeldet, daß Vorbereitungen getroffen werden, um die Rüstungen in kurzer Frist zu verdoppeln.

Dem „Hamburger Correspondent" wird aus Berlin gemeldet: „Schon in acht Tagen erwartet man Ereignisse in Sachsen. Die preußische Regierung hat enorme Geschützbestellungen bei Krupp in Essen veranlaßt." Der Berliner Correspondent der „Hamb. Börsenhalle" schreibt: In Schlesien werden nun demnächst Truppenbewegungen erfolgen. Der Befehl zum Abrücken der Reserven des 11. Regiments ist zwar noch nicht gegeben, dagegen ist dem Vernehmen nach das 50. Regiment designirt, über Görlitz an die sächsische Gränze zu rücken. Die Bataillone haben Weisung erhalten, sich vollständig marschbereit zu halten.

Die „Kreuzzeitung" schreibt: Die Zeitungsmittheilung, daß außer den bereits genannten Festungen Schlesiens und der Provinz Sachsen noch andere armirt seien, ist ungenau. Nur noch in einigen Festungen sind die Arbeitercompagnien und Feuerwerkerabtheilungen augmentirt worden.

Die vom Berliner Aeltesten-Collegium der Kaufmannschaft an den König gerichtete Adresse um friedliche Austragung des preußisch-österreichischen Conflictes ist als ungeeignet nicht angenommen worden.

Die neuesten italienischen Blätter sind minder friedlich, als sie es in den letzten Tagen waren. Die „Italie", ein unter dem französischen Einfluß stehendes Blatt, berichtet, daß die verschiedenen Corps-Commandanten einen Befehl von Seiten des Kriegsministeriums erhalten haben, die Cadres der Depot-Compagnien in der kürzesten Frist zu bilden. Die „Independente" von Neapel meldet, daß die in Capua und Caserta stehenden Batterien nach dem Norden, dem vermuthlichen Schauplatze der Action, beordert worden sind. Die „Italia" bestätigt die Nachricht, daß die auf Urlaub befindlichen Soldaten bald einberufen werden sollen. Aus Florenz meldet die „K. Z.", es sei Alles vorbereitet, damit eventuell beträchtliche Truppenmassen gegen die österreichische Gränze dirigirt werden können. Cialdini sei zum Oberbefehl designirt.

Der „Deb." schreibt man aus Florenz, daß ein höherer Officier in der Armee, der ehemals in der Armee Garibaldi's gedient hatte, nach Caprera abgegangen ist. Derselbe hatte vor seiner Abreise eine Unterredung mit dem König. In Neapel werden geheime Werbungen im Namen Garibaldi's vorgenommen.

---

Die militärische Zeitung „Der Camerad" schreibt über die Affaire Waldersee: Selbst im tiefsten Frieden gebietet es der Anstand, daß jeder Offizier, der die Organisation und Etablissements einer fremden Armee studiren will, sich bei der bezüglichen Militärbehörde vorstellt und um die Erlaubniß der Besichtigung bittet. Ohne Erlaubniß läßt man in keinem Staate der Welt, auch in Preußen nicht, unbekannte Leute auf den Festungswällen herumspazieren, um sich Notizen zu sammeln, nicht einmal in einer Caserne hat man freien Zutritt. Diese Anstandsregel ist von Seite österreichischer Offiziere weder in Preußen, noch sonst in einem fremden Staate wohl je verletzt worden, und sollte dies in Preußen einmal vorkommen, so würden gewiß der Welt die Ohren gellen von dem darüber erhobenen Geschrei. Wie wir auf Grund von authentischen Nachrichten mitzutheilen in der Lage sind, war Graf Waldersee im Besitze von drei Päßen, welche auf verschiedene Namen lauteten. In einem derselben war der Herr Graf als „Gutsbesitzer Graf Waldersee", in keinem der Päße jedoch mit seinem Charakter als königlich preußischer Oberstlieutenant eingetragen. Alle drei Päße waren von der italienischen Gesandtschaft in Berlin vidirt. Das österreichische Cabinet hat durchaus keine Gründe, die Reisen von Militärs durch die österreichischen Staaten mit Besorgniß wahrzunehmen, nachdem es in denselben durchaus nichts zu verheimlichen gibt. Wenn aber ein Fremder auf den Festungswällen herumläuft, Kellner, Handwerksburschen nach militärischen Neuigkeiten ausfratschelt, gemeine Soldaten ganz ungenirt auf öffentlicher Straße über militärische Vorkehrungen, über Stand und Dislocation der Truppen auszuforschen versucht, so ist es wohl begreiflich, daß derselbe schließlich die Aufmerksamkeit der Behörden auf sich ziehen muß. Wenn der Betreffende nun gar noch im Besitze von drei, sage drei falschen Päßen betroffen wird, so ist es natürlich, daß man ihn höflich aber entschieden über die Gränze expedirt, damit er künftig die Paßvorschriften zu befolgen und den öffentlichen Anstand nicht zu verletzen lerne.

Es gewinnt fast den Anschein, schreibt die „Const. Oestr. Ztg.", als sei man in Berlin bezüglich der Waldersee'schen Affaire schon wirklich auf jene Repressalien bedacht, wovon kürzlich die „Nordd. Allg. Ztg." gesprochen. Wie uns von zuverlässigen Reisenden mitgetheilt wird, welche im Laufe der jüngsten Tage die preußische Gränzstation Myslowitz passirt, so ist dort das Benehmen der preußischen Polizei- und Zollbeamten gegen österreichische Reisende ein wahrhaft rücksichtsloses geworden. Nicht allein, daß die Reiseurkunden in Gegenwart preußischer Officiere einer langen minutiösen Prüfung unterzogen werden, so wird auch das Reise-Gepäck seitens der Zollorgane in einer Weise durchwühlt, welche den Reisenden große Mühe verursacht, ihre durcheinander geworfenen Effecten wieder in Ordnung zu bringen. Namentlich haben es die Polizei- und Zollbehörden auf Druckschriften und Papiere abgesehen, welche einer genauen Revision unterzogen werden. Einer unserer Freunde, welcher vor drei Tagen Myslowitz passirte, hatte in seiner Handtasche ein Paar Stiefel in ein Exemplar der officiellen Sitzungsberichte des galizischen Landtags gewickelt, welche Schrift in polnischer Sprache verfaßt ist. Dem preußischen Zollbeamten, welcher nicht polnisch verstand, kam das Blatt verdächtig vor, weßhalb er es im Triumph seinem Amtschef überbrachte. Dieser verstand es aber auch nicht und es mußte erst ein zuverlässiger Dolmetsch requirirt werden, welcher den Sachverhalt aufklärte. Der Krakau-Breslauer Zug hat durch diese linguistischen Verlegenheiten der löblichen Polizei- und Zollämter in Myslowitz eine Verspätung von 18 Minuten erfahren. — Von den preußischen Truppen-Detachements, welche zwischen Myslowitz, Nikolai, Dzieczkowice und Berun liegen, ist längs der ganzen galizischen Gränze ein regelmäßiger Patrouillen-Dienst organisirt worden, wozu vornehmlich Cavallerie verwendet wird.

Die „Nordd. Allg. Ztg.", in der Affaire des Grafen Waldersee völlig geschlagen, debutirt heute mit der Enthüllung, daß Oesterreich es war, welches die, nur gegen eine bestimmte Agitation gerichtete Aufforderung Preußens an den Frankfurter Senat in eine allgemeine Reaction, in einen Bundesbeschluß gegen das ganze deutsche Vereins- und Versammlungsrecht erweitert sehen wollte. Nur an Preußens Widerstand sei dieser schändliche Plan gescheitert!

---

Die Donaufürstenthümerfrage findet eine unerwartete Lösung. Nach Bukarester Tel. haben die Statthalterschaft und das Ministerium der Bevölkerung durch Placate an den Straßenecken den Prinzen Carl Ludwig von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien unter dem Namen Carl I. vorgeschlagen. Diese Wahl wird dem suffrage universel dringend empfohlen. Ein Gerücht will wissen, der Prinz werde bereits nächstens in Bukarest ankommen, sich vorzustellen. Die Bevölkerung scheine damit zufrieden, bis auf jene der Moldau, denn, wie ein Bukarester Telegramm von gleichem Tage meldet, sind zwei Mitglieder der Statthalterschaft, Golesco und Catargi, nach Jassy abgereist, weil daselbst Demonstrationen gegen die Union, welche indessen ohne Bedeutung seien, stattgefunden haben. (Prinz Carl Ludwig Hohenzollern, gegenwärtig Lieutenant in der preußischen Armee und Sohn des ehemaligen preußischen Ministerpräsidenten Fürst von Hohenzollern, ist durch seine Großmutter, die eine Murat war, und durch seinen Onkel, Marquis Pepoli, den Bonaparte's nahe verwandt. Der um den rumänischen Thron candidirende Prinz soll übrigens bereits vor einigen Tagen die Reise nach Bukarest angetreten haben.)

Die Donaufürstenthümer-Conferenz wird nach einem Pariser Telegramm der „N. Fr. Pr.", als vollständig gescheitert betrachtet. Erst wenn die Instructionen der Bevollmächtigten erneuert werden, dürfte wieder eine Sitzung stattfinden.

Wie die „France" mittheilt, ist der Kaiser von Marokko ernstlich erkrankt. Die diplomatischen Agenten Frankreichs, Englands und Spaniens hätten bereits bei ihren betreffenden Regierungen um Absendung von Kriegsschiffen nachgesucht, um bei etwaigen durch seinen Tod hervorgerufenen Conflicten Leben und Eigenthum ihrer Staatsangehörigen kräftig beschützen zu können. Eine spanische Corvette ist bereits in Tanger eingetroffen.

In Holländisch-Guyana gibt es einzelne Besitzungen, welche seit langer Zeit von England als britisches Eigenthum reclamirt wurden. Um die Sache endlich zum Austrag zu bringen, hat man jetzt die HH. Elias und Nagtglas vom Haag als Specialcommissäre nach London geschickt und einen französischen Schiedsrichterspruch in Vorschlag gebracht.

## Landtagsangelegenheiten.

In der Sitzung des galizischen Landtages vom 12. d. erhob sich eine längere Debatte über eine Petition der Krakauer Einwohnerschaft betreffs Subventionirung des dortigen polnischen Theaters. Die Commission beantragt Ablehnung aus finanziellen Rücksichten, verbunden mit dem Ersuchen an die Regierung um Wiederauszahlung der im Jahre 1844 vom Landtage der ehemaligen Republik Krakau bewilligten und erst im Jahre 1852 eingestellten Staatssubvention von 20.000 polnischen Gulden oder 5000 Gulden öst. W. jährlich, sowie mit dem Auftrage an den Landesausschuß, in diesem Sinne die etwa nöthigen Schritte zu unternehmen. Dagegen beantragt Lipczyński, indessen dem polnischen Theater in Krakau vorschußweise die gleiche Subvention zukommen zu lassen und deren Rückzahlung nach Wiederaufnahme der Subventions-Zahlungen aus dem Staatsschatze vorzubehalten. Ihn unterstützen Graf Adam Potocki, ferner Koczyński und Zyblikiewicz; dagegen spricht Wężyk. Der Regierungs-Commissär erklärt, die Landesregierung habe die einschlägigen Verhandlungen des Landtags und der Commission zum Anlasse einer Enquête genommen, und falls es sich herausstellen sollte, daß das polnische Theater wirklich einen Anspruch auf staatliche Subventionirung habe (der Krakauer Senat hatte hiezu einen eigenen Fonds gebildet, der sich jetzt in Verwaltung der k. k. Regierung befindet), so werde die Auszahlung der Subvention wieder erfolgen. (Bravo!) Schließlich werden sowohl die Anträge der Commission betreffs des Ersuchens an die Regierung und des Auftrags an den Landesausschuß, als auch der Antrag Lipczyński angenommen. Die Ruthenen nahmen an der Debatte keinen Antheil, bei der Abstimmung jedoch erheben sie sich ebenfalls.

Betreffend den Antrag Ławrowski wegen Subventionirung des ruthenischen Theaters in Lemberg mit 3000 fl. jährlich proponirt die Commission den Uebergang zur Tagesordnung aus finanziellen Rücksichten.

Dagegen erhebt sich Ginilewicz und Koziński und gebrauchen genau dieselben Argumente, welche polnischerseits für das Theater in Krakau ins Feld geführt worden waren. Das Theater sei eine Bildungsanstalt, könne sich ohne Subvention nicht erhalten; wer die Subvention zahle, der könne auch die Richtung desselben beeinflussen; das Land zahle bei einem Jahresbudget von 760.000 fl. für Bildungsanstalten kaum 25.000 fl. jährlich, daher sei eine Mehrausgabe nicht zu scheuen u. dgl. m. Diese Argumente seien auf das ruthenische Theater so gut anwendbar, wie auf das polnische, ja in noch höherem Grade, weil die ruthenische Sprache bei ihrer geringeren Ausbildung solcher Bildungsanstalten noch bedürftiger sei als die polnische.

Dagegen erhebt sich zuerst Golejewski. In Lemberg gebe es nur 4000 Ruthenen (Ławrowski: Nein, 12.000). Golejewski: Nach amtlichen Ausweisen nur 4000; das ruthenische Theater sei daher höchstens für einige Liebhaber bestimmt, und habe keinen Anspruch auf die Unterstützung des Landes, wenn man nicht etwa in jedem Städtchen ein Theater errichten wolle.

Zyblikiewicz hält die von Golejewski angeführten, aus dem „Handbuche für das Königreich Galizien 1865" geschöpften Daten aufrecht, wonach in Lemberg nur 4160 Einwohner dem griechisch-katholischen Ritus angehören, von welchen noch viele polnisch sprechen. Das Landvolk aber nehme an dem ruthenischen Theater keinen Antheil, theils aus materiellen, theils aber aus moralischen Gründen; wie denn erst neulich ein bäuerlicher Abgeordneter (Staruch) das Theater als einen Schnickschnack (figle) bezeichnet habe, welchen er selbst treiben könnte, wenn er noch jung wäre, welcher aber ernsten Männern nicht anstehe. Für jene 4160 „Seelchen" (duszyczki) könne man aber kein Theater subventioniren, zumal sich deren Anzahl nach dem Ergebnisse der letzten Wahlbewegung noch weiter reducire, wo die Ruthenen nur einige 50 Stimmen aufbrachten. Das ruthenische Theater sei übrigens keine Kunstanstalt, sondern nur „ein Mittel mehr zur Ausstreuung des Hasses und Unfriedens, welcher so viel Unheil ins Land gebracht habe."

Der ruthenische Geistliche Kaczała spricht für, der masurische Bauer Szpunar gegen die Subventionirung. — Demkow (ruthenischer Bauer) bedauert, daß Zyblikiewicz das ruthenische Theater nicht besucht habe, um sich eines Bessern zu überzeugen, und bietet ihm ein Eintré-Billet für dieses Theater an. (Heiterkeit). Wenn Zyblikiewicz das ruthenische Theater besuchen wollte, so würde er vielleicht selbst ein Ruthene werden. (Heiterkeit.)

Nach Schluß der Debatte spricht Borkowski als Generalredner in bekanntem Geiste für den Commissions-Antrag. Das ruthenische Theater sei eine reine Privatanstalt und könne so wenig eine Landes-Subvention beanspruchen, als etwa ein Kaffeehaus. Dasselbe entspreche keinem Bedürfnisse der Lemberger Bevölkerung, sondern habe seine Entstehung nur einer Caprice zu verdanken. Die Ruthenen seien Einer Nationalität mit den Polen angehörig und wollten sich erst jetzt eine besondere Nationalität fabriciren; dazu könne ihnen aber das Land nicht verhelfen, denn dadurch werde nur Haß und Streit zwischen den verschiedenen Volksclassen gesäet, und die öffentlichen Mittel, die man hierauf verwenden wolle, seien verschwendet. Nachdem noch Naumowicz gesprochen hat, verlangt Zyblikiewicz einen nachträglichen Ordnungsruf gegen Demkow, welcher jedoch erklärt, er habe ihn nicht beleidigen wollen, und sei dies geschehen, so bitte er um Verzeihung.

Referent Kozłowski vertheidigt den Commissionsantrag. Die Bestrebungen der Fraction könne der Landtag nicht begünstigen, welche das Unglück des Landes „mit Jubel" begrüßt habe (Anspielung auf die Worte Kuziemski's im Reichsrathe nach Einführung des Belagerungszustandes in Galizien); dieselbe könne auch nicht als Vertreterin des ruthenischen Landes betrachtet werden. Das polnische Theater habe 40 Jahre bestanden, bevor es vom Lande subventionirt wurde; das ruthenische könne nach wenigen Jahren seines Bestehens nicht das Gleiche verlangen. Erst müsse es sich zeigen, ob dessen Bestehen wirklich nothwendig und nützlich sei.

Wie vorauszusehen, wurde der Commissions-Antrag genehmigt.

Sodann wird der Antrag des Abg. Dr. Majer wegen Ertheilung einer Subvention von 4000 fl. zur Restaurirung der St. Annakirche in Krakau genehmigt.

Nach Andeutungen, welche der „Lloyd" erhält, ist die Annahme der zweiten Deputirten-Adresse durch die Magnaten wahrscheinlich. Mit großer Bestimmtheit war das Gegentheil gemeldet worden.

Wie dem „Wanderer" aus Pest telegraphirt wurde, hält die Magnatentafel ihr erste Sitzung nach Ostern am Montag. Es haben sich drei Parteigruppen bezüglich der Adresse des Abgeordnetenhauses gebildet. Die eine unter Graf Georg Karolyi will die Adresse unbedingt angenommen haben; die zweite, unter Führung des Barons Bela Wenkheim, nimmt dieselbe nur aus Gründen der Opportunität; die dritte endlich, bestehend zum größten Theile aus Obergespänen und Prälaten, nimmt die Adresse nicht an. Die Aufregung ist groß. Im Oberhause selbst erwartet man eine sehr heftige Debatte.

Die meisten Mitglieder der croatischen Regnicolar-Deputation sind bereits angekommen und im Hotel „zur Königin von England" abgestiegen. Bischof Stroßmayr, Dr. Schuhay, Dr. Racski und Redacteur Perkovacs werden am 14. von Diakovar erwartet, worauf am 15. d. die ungarisch-croatischen Verhandlungen beginnen sollten.

Die „Hermannstädter Ztg." dementirt die Nachricht, daß die Hermannstädter Abgeordneten Zimmermann und Rannicher in den Pester Landtag eingetreten seien. Vom Sachsenlande sei bisher nur Kronstadt im Pester Landtag vertreten.

Telegraphische Landtagsberichte.

Lemberg, 13. April (Nachts). In der heutigen Landtagssitzung wurde kundgegeben, daß Se. Majestät der Kaiser den Dankesausdruck des Landtages anläßlich der Nothstandsanleihe wohlgefällig angenommen habe. — Ein Dringlichkeitsantrag Gniewosz wegen Errichtung einer stabilen Budgetrubrik betreffs der Erhaltung monumentaler Bauten wird an den Budget-Ausschuß gewiesen. Die Budgetdebatte wird hierauf fortgesetzt. Schließlich beantragt Kabat, die Landes-Gesetze künftig durch das Landesgesetzblatt in polnischem Urtext mit deutscher und ruthenischer Uebersetzung zu publiciren. Wird dem Landesausschuß zugewiesen. — Morgen Sitzung.

Pest, 14. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtentafel, der ersten im neuen Landhause, begrüßt der Präsident die Versammlung in der neuen Localität und spricht den Wunsch aus, daß die im Museum begonnene Thätigkeit hier heilsam und mit dauerndem Erfolge zum Ziele geführt werde. Graf Miko begrüßt das Haus im Namen der Siebenbürger; der Präsident erwidert mit einigen entsprechenden Worten. Hierauf erfolgt die Anmeldung von

Einläufen und dann Verificationsberichte. Baron Albert Wodianer, gegen dessen zweite Wahl abermals eine Petition eingebracht wurde, wird auf Grund des Commissionsantrages einstimmig für verificirt erklärt.

## Oesterreichische Monarchie.

**Wien**, 14. April.

Se. k. Hoh. der Herr Erzherzog Carl Ludwig und Höchstdessen Familie sind gestern hier eingetroffen.

Wie die „Wien. Abendp." meldet, ist dem kais. russischen General von Richter, welcher die Ehre hatte Sr. k. k. apost. Majestät ein eigenhändiges Schreiben seines Souveräns zu überbringen, der Orden der eisernen Krone erster Classe verliehen worden.

Rudolph Markl's Strafe wurde vom Oberlandesgerichte wegen der an der k. k. pr. Creditanstalt verübten Veruntreuung über Berufung und nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft von vier Jahren auf sieben Jahre erhöht.

Die Nachricht der „Bohemia" über die Errichtung eines böhmischen Freiwilligencorps unter dem Namen der „schwarzen Jäger" wird von derselben nach einem Schreiben, daß sie durch die Stadtpost erhielt, nur in der Localchronik und mit dem ausdrücklichen Bemerken mitgetheilt, daß ihr über dessen Inhalt bisher noch von keiner anderen Seite irgend eine Andeutung zukam. Die Angelegenheit scheint noch über das Stadium eines romantischen Vorschlages nicht hinauszureichen. Der weiße Todtenkopf, den die „schwarzen Jäger" als Hutzierde tragen sollen, gibt wenigstens dem Vorschlag diese sentimentale Färbung. Uebrigens soll sich, wie ein Telegramm des „Neuen Fremdenblattes" meldet, in Pest ein Comité gebildet haben, welches Freiwilligencorps gleich jenen im Jahre 1859 errichteten formiren will. Dieselben würden zumeist aus Cavallerie-Regimentern und Schützen bestehen. Die Stimmung im Publicum ist einem österreichisch-preußischen Kriege geneigt.

Böhmische Blätter brachten unlängst die Notiz, daß in der Festung Josephstadt ein herumziehender Werkelmann verhaftet worden sei, welcher sich bei seiner Verhaftung als preußischer Major entpuppte. Nach der „General-Correspondenz" zugehenden Nachrichten ist von diesem Vorfalle in den zunächst competenten Kreisen gar nichts bekannt.

### Frankreich.

**Paris**, 13. April. Der Kaiser beabsichtigt Anfangs Juli sich nach dem Elsaß zu begeben. Die Ankunft des Fürsten Hohenlohe hier wird dementirt. Die Juaristen metzelten in der Provinz Paras ein Bataillon der mexicanischen Fremdenlegion nieder. Die Friedensaussichten sind günstiger.

Der „Moniteur" vom 12. d. veröffentlicht das Decret, welches den Beitritt der päpstlichen Staaten zur internationalen Telegraphenconvention genehmigt. Die betreffende Beitrittserklärung ist vom 13. Februar 1866.

### Schweiz.

Das „Amtsblatt des Cantons Zürich" veröffentlicht die Insolvenz-Erklärung des bekannten Dichters Georg Herwegh.

### Spanien.

General Lersundi ist der Epoca zufolge zum Generalcapitän der Insel Cuba ernannt worden.

### Großbritannien.

Prinz von Teck hat sich mit der Prinzessin Marie von Cambridge (geb. 27. November 1833) verlobt. Der Prinz ist der einzige Sohn des Herzogs Alexander von Württemberg, General der Cavallerie in österreichischen Diensten, der sich im Jahre 1835 mit einer Gräfin von Hohenstein morganatisch vermält hat. Den Titel Hoheit erhielten die Kinder aus dieser Ehe erst im Jahre 1863. Der Verlobte ist in seinem 29. Jahre, seine jüngere Schwester Amalie ist seit 1863 mit dem Baron v. Hügel in Wien vermält.

Ein Mitarbeiter der „France" traf vor einigen Tagen in einer Gesellschaft mit dem vielgenannten Haupte der Fenier, Stephens, zusammen und entwirft von demselben folgendes Bild: „Stephens steht in vollem Mannesalter; allem Anscheine nach ist er einige 40 Jahre alt. Mittleren Wuchses ist er doch kräftig entwickelt; er hatte blonde Haare, einen blonden Bart, blaue lebhafte Augen. In seinem Aeußern sehr elegant, legt er in seinem Benehmen eine große Bescheidenheit an den Tag. Ueber seine Verhaftung, Befreiung und Pläne machte er folgende Mittheilungen: Meine Verhaftung fand statt, weil ich es so wollte. Seit mehreren Stunden wußte ich, daß man mir auf der Spur sei. Aber es gefiel mir, mich verhaften zu lassen, um zu beweisen, daß mir das Entfliehen nicht schwer fallen würde. Im Kerker wurde ich mit großer Rücksicht behandelt, es fehlte mir an nichts und in dieser Beziehung muß ich der englischen Regierung alles Lob ertheilen. Aber ich mußte abreisen. Ich theilte diesen Wunsch einem sicheren Manne mit, mit dem mich ein unvorhergesehener Umstand in Verbindung gebracht hatte, und die Thüren des Gefängnisses haben sich, so zu sagen, vor mir geöffnet. Ich wüßte nicht, wer sich dem widersetzt hätte, denn ich sah mich nur von Mitschuldigen umgeben. Einmal frei, eilte ich aufs Land hinaus. Ich erhielt Geld und einen Revolver. Dann erfuhr ich, daß auf meinen Kopf ein Preis gesetzt sei, und daß Jeder, der mich erkennt, mich lebendig oder todt nach Dublin bringen soll. Bis zur Stunde meiner Einschiffung lebte ich in den Feldern von Irland, am Tage in einer Hütte, Nachts auf dem Weg eine andere zu suchen. Wohin ich mich flüchtete, überall kannte man mich; man erwartete, man errieth mich. Trotz der von der Regierung dem Entdecker versprochenen großen Summe, wagte Niemand mich anzuzeigen und dieses Factum allein beweist, daß ich über Irland verfüge. — Um seine Pläne befragt, erwiderte Stephens: Ich will jetzt in Amerika eine Armee von 200.000 Mann, die mich erwarten, holen, mit welcher ich Irland, mein Vaterland, vom britischen Joche befreien werde. Nach alldem zu urtheilen, scheint Herr Stephens ein großer Schwätzer.

Zwischen der britischen und persischen Regierung ist ein Vertrag zu Stande gekommen, dessen Zweck ist, die Telegraphie auf der indo-europäischen Linie im persischen Reiche zu verbessern. An den Telegraphenstangen von Abuschir am persischen Golfe bis zur türkischen Gränze soll ein zweiter Draht angebracht, und ein englischer Telegraphenbeamter mit dem erforderlichen Personale angestellt werden, um die persische Telegraphenlinie zu organisiren und fünf Jahre hindurch Unterricht im Telegraphiren zu geben. Der „Bombay Gazette" scheinen jedoch die Mängel der indo-europäischen Linie nicht in dem persischen Theile zu liegen. In der Regel gebrauchen Telegramme, um von einem Ende des persischen Gebietes bis zum andern zu gelangen, nicht mehr als eine Stunde, so daß, wenn diese Schnelligkeit die Regel wäre, Telegramme zwischen Karatschi und London nur 5 Stunden erfordern würden. Indessen kommen fortwährend Klagen über die Telegraphie zwischen dem Innern Indiens und Europa; denn in Indien befinden sich die Telegraphenlinien in einem bedauerlichen Zustande. Eine Strecke von 230 Meilen zwischen Karatschi und Bombay ist die Linie sogar ohne Isolatoren, indem die Drähte einfach an die Stangen genagelt sind.

### Italien.

Der „Moniteur" meldet: „Die Untersuchung, welche über die Vorgänge von Barletta geführt wird, scheint darthun zu wollen, daß die beklagenswerthen Ereignisse, deren Schauplatz diese Stadt war, keineswegs sich als einfacher Ausbruch der Volkswuth darstellen, sondern in einer reactionären Verschwörung ihren Ursprung haben."

Der „Monde" hatte aus Rom Mittheilungen über die Untreue päpstlicher Beamten und über die abnehmenden Sympathien des römischen Adels gebracht. Das „Giornale di Roma" bezeichnet diese Mittheiluungen des Monde als „verleumderisch und verletzend" und fügt hinzu, „daß bis auf etliche Ausnahmen das Volk der weltlichen Macht des Papstes treu sei und daß es künftigen Geschlechtern edle Beispiele hinterlassen werde."

### Donaufürstenthümer.

Wie ein Bukarester Telegramm vom 13. d. meldet, wurden die Paßvisa in den Fürstenthümern aufgehoben. Die früheren Minister Cretzulesco, Floresco, Balanesco und Cariagdi wurden von der Regierung in Anklagestand versetzt.

Nach einem Telegramm aus Bukarest vom 9 April soll die neue Kammer bereits am 10. Mai eröffnet werden. Am 24. d. findet die Wahl der Wahlmänner statt. Die Wahl der Deputirten wird am 29. April auf dem Lande und am 1. Mai in den Städten vorgenommen werden. Die Wahlintriguen sind von Seiten der verschiedenen Parteien bereits überall im besten Gange, doch wurde die Ordnung, so viel bekannt, nirgends gestört.

An Stelle des von Bukarest abberufenen französischen Generalconsuls, Herrn von Tillot, wurde Mr. d'Avril ernannt. Derselbe war längere Zeit bei verschiedenen Consulaten und Gesandtschaften des Orients attachirt, z. B. war er mit Herrn Bourré sowohl in Athen als auch später in Persien. Im Jahre 1858 war er bei dem in Bukarest tagenden internationalen Divan ad hoc dem französischen Repräsentanten Herrn von Talleyrand beigegeben; in letzterer Zeit wurde er in Paris im Auswärtigen Ministerium beschäftigt. Man scheint ihn gewählt zu haben, weil er speciell mit den Verhältnissen dee Moldau-Walachei genau vertraut ist.

### Amerika.

Nach den letzten Nachrichten aus Mexico ist man den Urhebern des Attentates gegen die belgische Gesandtschaft auf die Spur. Drei derselben sollen bereits verhaftet worden sein, und zwar in einem Kampfe, den die französischen Truppen einer Räuberbande lieferten. Dieselben wurden nach Puebla geführt und sollen Enthüllungen gemacht haben. Aus diesen gehe hervor, daß die Hauptchefs der Bande in der Stadt Mexico Einverständnisse haben und alles wissen, was dort vorgeht.

## Local- und Provinzial-Nachrichten.

**Krakau**, den 16. April.

* Den bisherigen Notizen über die heurige Krakauer Kunstausstellung lassen wir einige allgemeine bis zur Gründung des hiesigen Kunstvereins von 1854 zurückgreifende statistische Daten folgen, welche Nützlichkeit und Verdienst des seit 11 Jahren bestehenden Instituts documentiren. Die jetzige Ausstellung ist die zwölfte. Aus den 11 Jahresberichten erhellt, daß der Verein durchschnittlich 2240 Actionäre hatte, die höchste Zahl von 2786 fiel auf das Jahr 1862/3. Die von diesen, aus dem Verkauf der Prämien und den Eintritsgeldern eingeflossenen Fonds wurden folgender Weise verwandt: 56.478 fl. öst. W. für Ankauf von Gemälden, 28.003 fl. österr. Währ. für Reproducirung der Prämien, 9221 fl. österr. Währ. für Local und Heizung, 2270 fl. öst. W. Portoausgaben für die übergesandten Gemälde, 4126 fl. für Kanzlei und Drucksorten, 5593 fl. öst. W. blieb für den Denkmäler-Fonds stehen, den Rest bilden Summen für Gehälter, Kosten zur Einrichtung der Ausstellung, außerordentliche Ausgaben, Zollgebühren, Absendung der Gemälde, Anschaffung von Utensilien und der Cassenbestand. Der Denkmäler-Fonds erstand durch Beschluß der Direction des Kunstvereins von 1861 für Ausschreibung eines Concurses behufs Erlangung eines Bildhauerwerkes aus Marmor oder Bronce für die Stadt Krakau. Seit den eilf Jahren waren 1695 Kunstwerke ausgestellt, darunter 984 von polnischen Künstlern, 711 von auswärtigen, 42 der Bildhauerkunst, 173 Aquarellen, 1315 Oelgemälde, 159 religiöse, 78 historische, 628 Genre-Bilder, 177 Porträts, 346 Landschaften. Durch die eilf Jahre nahmen 65 Krakauer, Lemberger und galizische Künstler, 47 aus dem Königreich Polen ꝛc. Provinzen unter russischer Herrschaft, 2 aus dem Posen'schen, im Ganzen 145 polnische Künstler an der Krakauer Ausstellung Theil; anderweitig wurden Gemälde hauptsächlich noch von Wien, Prag, Düsseldorf, Dresden, Berlin, Brüssel, München eingeschickt.

* Vergangenen Samstag fand die Monatssitzung der Section der Krakauer Gelehrten-Gesellschaft für moralische Wissenschaften statt, in welcher der Secretär Hr. Jos. Szujski die aus Berlin eingeschickte Abhandlung des Grafen Carl Zaluski „über die Koptische Sprache und deren Standpunct in der Linguistik", der Domherr Hochw. Pękalski die Fortsetzung seiner „Geschichte des Anfangs, Gedeihens und Verfalls des Domherrnordens der Wächter des heil. Grabes zu Jerusalem" verlas und der Secretär das Project der Herausgabe einer Zeitschrift für moralische Wissenschaften (mit überwiegend historischem Inhalt) vorlegte, dessen Verlag anfänglich aus der von Herrn und Fr. Zawisza zu Händen des Vereins-Cassiers Hrn. H. Seredyński niedergelegten Gabe bestritten werden kann.

* Gestern Nachmittags fand von der Graupengasse aus das feierliche Begräbniß des im 31. Lebensjahr hier verstorbenen Vicars in Raciborowice, früher Geistlichen an der Schloßkirche, so viel wir wissen Schwagers des Malers H. Joh. Matejko, unter ungemein zahlreicher Betheiligung der Bevölkerung statt.

* Wie uns aus Lemberg geschrieben wird, werden sich im hiesigen Theater, noch vor Ankunft der Oper, in Mitte künftiger Woche die beliebten anglo-amerikanischen Kunstgymnastiker Ellis, Nice, Leach und Berry produciren, die jetzt mit außerordentlichem Beifall dort gastiren. Mit Fischer, der nicht mehr unter ihnen, füllten sie bekanntlich vor mehren Jahren schon hier im deutschen und polnischen Theater durch lange Zeit die Häuser. Ihr Mittwoch beginnender zweiter Vorstellungen-Cyklus dürfte nicht mindere Zugkraft üben. Ueber die neuen Kräfte der Oper erfahren wir im Einklang mit den Berichten der „Lemb. Ztg.", daß die Altistin Frl. Wirrer dort besonders Furore macht, ebenso die Sängerin Miß Bywater gefällt. Wir werden in Kurzem Gelegenheit haben, dies zu constatiren.

* Auf dem Ringplatz werden bereits die Buden zu dem zweiwöchentlichen Frühlings-Jahrmarkt aufgestellt, der nächsten Montag 23. d. mit dem St. Adalberts-Tage seinen Anfang nimmt.

* Nach einer Kundmachung der k. k. priv. galiz. Carl Ludwig-Bahnverwaltung wird vom 1. Mai d. J. an die Station Mszana, welche bisher mit der Personen-, Gepäcks-, Eilgut- und Frachten-Expedition betraut war, als Frachtenstation aufgelassen und nur auf die Personen-, Gepäcks- und Eilgut-Expedition beschränkt.

α Der bis jetzt in Biala ansäßig gewesene, von der h. Regierung authorisirte Civilingenieur Hr. Maximilian Zucker ist, wie wir einem Inserat der „Bohemia" entnehmen, nach Prag übersiedelt und hat dort seinen ständigen Wohnsitz genommen.

α Der k. k. Justizministerialsecretär Hr. Johann Wierzbicki, ein Ruthene, aus Przemyśl gebürtig, ist bekanntlich zum k. k. Oberlandesgerichtsrath in Lemberg ernannt worden. An dessen Stelle wird, dem „Słowo" zufolge, nach Wien der k. k. Gerichts-Rath H. B. Antoniewicz aus Przemyśl gehen.

* Am 12. März Abends sind aus dem Gerichtsarreste zu Brzeżany 4 wegen verbrecherischen Diebstahls verhaftete Individuen entwichen, darunter auch der der Eigenthums-Sicherheit höchst gefährliche Schuhmacher Adam Szupka aus Dubszcze bei Kozowa, 39 J. alt, am rechten Fuße hinkend.

α Am 22. v. verschied in Ottynia, Stanislauer Kreis, der seines biedern Charakters wegen allgemein geachtete Arzt, zugleich Postmeister, Franz Schelling, ein Wohlthäter der Armen, die er unentgeltlich curirte und ihnen Heilmittel aus seiner Privat-Apotheke verabfolgte.

α Das Andenken an den ukrainischen Sänger Taras Szewczenko haben auch die in Wien lebenden Ruthenen feierlich begangen.

α Von der „Geschichte der polnischen Literatur" von Felicia Wasilewska ist das erste Heft bei Carl Wild in Lemberg erschienen, enthaltend die Literaturgeschichte bis 1521. Das ganze Werk wird aus 6 — 8 Heften bestehen.

α Für das Seelenheil des polnischen Dichters Julius Słowacki findet am 17. d. in der Lemberger Dominikanerkirche eine Trauerandacht statt, wobei das Mozart'sche Requiem von Dilettanten aufgeführt wird.

α Wie der „Przegląd" erfährt, ist ein gewisser Krynicki, Sohn eines Lemberger Bürgers, auf der Rückreise von Sibirien, wo er als Insurgent zwei Jahre in Gefangenschaft war, in seine Heimath, am Typhus gestorben.

* Der im J. 1864 wegen Verbrechens gegen die Kriegsmacht des Staates zum schweren Kerker von 2 Jahren verurtheilte Oekonom Grzegorz Koloszyński aus Lubień wurde vor Kurzem unter Nachsicht des Strafrechtes aus der Festung Olmütz entlassen; so auch aus der Festung Josephstadt der 1864 wegen Falschwerbung zum zweijährigen schweren Kerker verurtheilte Wawrzyniec Zych aus Jordanow, gleichfalls unter Nachsicht des Strafrestes.

## Handels- und Börsen-Nachrichten.

— Der langjährige Streit zwischen Nordbahn und Staatsbahn ist zu Gunsten der letzteren entschieden worden. Der Staatsbahn und der Nordbahn ist Mittwoch ein Erlaß des Handelsministeriums zugekommen, worin der Staatsbahn die Concession zur Verbindung von Stadelau (bei Marchegg) durch die Brünn-Rossitzer Eisenbahn mit der nördlichen Linie ertheilt wird. Die Nordbahn protestirt, sich auf ihr Privilegium berufend.

— Die österreichische Bodencreditanstalt in Wien hat, wie man der „N. Fr. Pr." meldet, von der böhmischen Escomptebank eine halbe Million Geld zum Re-Escompte übernommen.

— Die Vorbereitungen zum Baue der Eisenbahn von Schwadowitz bis an die preußische Gränze bei Königshain sind bereits derart getroffen, daß die Arbeiten demnächst beginnen können.

**Berlin**, 14. April. Böhmische Westbahn 62½. — Gal. 67½ Staatsb. 95½. — Freiwill. Anlehen 97. — 5perc. Met. 53. —. Nat.-Anl. 57½. — Credit-Lose 67. — 1860er-Lose 69½. — 1864er Lose 43. — 1864er Silber-Anleh. 59½. — Credit-Actien 62. — Wien 93½.

Schwankend, Schluß ruhiger, Oesterr. lebhaft.

**Frankfurt**, 14. April. 5perc. Met. 55. — Anlehen vom Jahre 1859 62¼. — Wien 109¼. — Bankactien 779. — 1854er Lose —. — Nat.-Anleh. 57¾. — Cred.-Actien 145½. — 1860er Lose 70¼. -- 1864er Lose 76. — 1864er Silber-Anlehen —. — American. 73⅛.

**Hamburg**, 14. April. Nat.-Anl. 57. — Credit-Act. 61. — 1860er Lose 68¾. — Wien fehlt. — Americ. fehlt.

Auf friedliche Gerüchte fest.

**Paris**, 14. April. Course von 1 Uhr Mittags: 3percentige Rente 66.55. — Credit-Mob. 575. — Lombard 375. — Staatsbahn fehlt. — Piem. Rente 53.75. — Oesterr. Anl. 302.—.

**Liverpool**, 14. April. (Baumwollmarkt.) Umsatz 5.000 Ballen. Orleans 15½. — Fair Dholl. 13½. — Middl. Fair Dholl. —. — Middl. Dholl. —. — Bengal 9½. — Domra —. — Georgia 14½. — Aegypt —. — Pernam —.

**Lemberg**, 13. April. Holländer Ducaten 5.01 Geld, 5.06 Waare. — Kaiserliche Dukaten 5.05 Geld, 5.09 W. — Russischer halber Imperial 8.67 G., 8 80 W. — Russ. Silber-Rubel ein Stück 1.63 G., 1.66 W. — Russischer Papier-Rubel ein Stück 1.32 G., 1.34 W. — Preußischer Courant-Thaler ein Stück 1.58 G., 1.60 W. — Gal. Pfandbriefe in östr. W. ohne Coup. 60.08 G., 60.92 W. — Gal. Pfandbriefe in C.-M. ohne Coup. 63.08 G., 63.92 W. — Galiz. Grundentlastungsobligationen ohne Coup. 61.58 G., 62.42 W. — National-Anlehen ohne Coup. 60.— G. 60.83 W. — Galiz. Carl-Ludwigs-Eisenbahn-Actien 146.— G. 146.67 W.

**Krakauer Cours** am 14. April. Altes polnisches Silber für fl. 100 fl. p. 116 verl., 113 bez. — Vollwichtiges neues Silber für fl. p. 100 fl. p. 128 verl. 125 gez. — Poln. Pfandbriefe ohne Coupons fl. p. 100 fl. pol. 82 verlangt, 80 bez. — Poln. Banknoten für 100 fl. öst. W. fl. poln. 506 verl., 496 bez. — Russische Silberrubel für 100 Rubel fl. österr. W. 134 verl., 131 bez. — Preuß. oder Vereinsthaler für 100 Thaler fl. ö. W. 161 verl., 158 bez. — Preuß. Cour. für 150 fl. öst. W. Thaler 94 verl., 93 bez. — Neues Silber für 100 fl. österr. Währung 107½ verl., 106½ bez. — Vollw. österr. Rand-Dukaten fl. 5.10 verl. 5.— bez. -- Napoleondors fl. 8.70 verl., fl. 8.55 bez. — Russische Imperials fl. 8.85 verl., fl. 8.70 bez. — Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coup. in ö. W. 62.— verl. 61.— bez. — Gal. Pfandbriefe nebst laufenden Coupons in C.-Mze. fl. 65.— verl., 64.— bez. — Grundentlastungs-Obligationen in österr. Währung fl. 64.25 bez. 63.25 bez. — Actien der Carl Ludwig-Bahn, ohne Coupons und ohne Div. östr. Währ. fl. 148.— verl., 144.— bez.

## Neueste Nachrichten.

**Berlin**, 14. April. Heute Nachmittags um 2 Uhr hat im königl. Palais die feierliche Eidesleistung der Erzbischöfe von Posen und Köln in Gegenwart des Königs und der Minister von Mühler, Graf zur Lippe, Graf Eulenburg, Frhr. v. Schleinitz, sowie anderer hoher Würdenträger und Generale stattgefunden. Graf Bismarck war durch sein Fußleiden am Erscheinen verhindert. Das Fußleiden des Ministerpräsidenten hat sich seit Kurzem so verschlimmert, daß die Aerzte dringend Ruhe angerathen haben. Statt Bismarcks empfängt gegenwärtig der Unterstaatssecretär v. Thile, während der Legationssecretär Abeken dem Könige Vortrag hält.

**Berlin**, 14. April. Die „Kreuzzeitung" beginnt sich mit der Idee eines deutschen Parlaments zu befreunden. An der Börse sprach man von Demobilisirung; die Regierungsblätter schweigen darüber. — Bismarcks Leiden ist ein rheumatisch-nervöses.

Die „Kreuzzeitung" kommt in ihren Betrachtungen über den Reformantrag zu folgender Schlußfolgerung: Wer für Preußen die absolutistische Regierungsform anstrebe, müsse folgerichtig auch eine deutsche Volksvertretung verwerfen, wer aber für den Staat der Gegenwart eine Volksvertretung für unentbehrlich erachte, brauche ein deutsches Parlament nicht ungünstiger anzusehen, als ein preußisches.

Eine heute stattgehabte Versammlung von Wahlmännern und Urwählern des Ober- und Niederbarnimer Kreises faßte eine Resolution gegen den Krieg und sprach den Abgeordneten des Kreises Dank für ihre Haltung aus.

**Berlin**, 14. April. Die „Kreuzztg." erklärt die an der gestrigen Börse verbreiteten Gerüchte über Ministerveränderungen als durchweg aus der Luft gegriffen.

Die „Nordd. Allg. Z." dementirt, daß die Berufung des deutschen Palaments für den 1. September beabsichtiget sei, da ein Termin hiefür noch nicht bestimmt ist. Der Bundesreform-Antrag, sagt die „N. A. Z.", sei kein diplomatischer Schachzug, kein augenblickliches Auskunftsmittel, sondern eine unabweisbare Nothwendigkeit, ohne welche, wie dies die Herzogthümerfrage darthat, Deutschland in Trümmer geht. — Dasselbe Blatt erklärt das Gerücht über einen angeblichen Verkauf der Ostbahn für grundlos und eine böswillige Erfindung.

Der Berliner Correspondent der „Börsenhalle" meldet die begonnene Entlassung der eingezogenen Garde-Artillerie-Reservisten als thatsächlich verbürgt.

**Karlsruhe**, 14. April. In der zweiten Kammer interpellirte Knieß wegen der Stellung der Regierung zum preußischen Reformantrage; Staatsminister v. Edelsheim antwortete: „Seit lange gehören, wie bekannt, die Sympathien und Wünsche der Regierung einer nationalen Entwicklung auf parlamentarischer Basis. Das Betreten dieses Weges wird daher ihrerseits niemals Schwierigkeiten begegnen, sondern im Gegentheil stets auf ihre Unterstützung rechnen können. Den jetzigen Antrag anlangend, wird die Regierung für dessen Inbetrachtnahme, somit für Verweisung an einen besonderen Ausschuß stimmen.

**München**, 14. April. Die „Bair. Ztg." vernimmt: Die bairische Regierung habe wiederholt Schritte gethan, um zu verhüten, daß die neuerlich eingetretene Spannung zwischen Oesterreich und Preußen zu ernsteren Conflicten führe.

**Bukarest**, 14. April. Das Plebiscit für die Wahl des Prinzen von Hohenzollern zum Fürsten hat heute hier begonnen und nimmt einen günstigen Fortgang. In 6 Tagen dürfte die Wahl des Prinzen Karl Ludwig v. Hohenzollern zum Hospodar im ganzen Lande ohne Schwierigkeit beendet sein.

**Newyork**, 4. April. Präsident Johnson hat eine Proclamation erlassen, in welcher er die Insurrection im Norden und Süden für beendet erklärt. Der Süden habe neue Beweise der aufrichtigen Anhänglichkeit an die Union gegeben. Die Verfassung erfordere Gleichheit des Nordens und Südens.

Das Finanz-Comité des Senats billigte die Anleihebill. Die Staatsschuld belief sich mit 1. April auf 2827 Mill. Doll.; die Schatzbilanz beträgt 22 Millionen.

### Telegraphische Landtagsberichte.

**Lemberg**, 14. April. In der heutigen Landtagssitzung wurde die Budgetdebatte fortgesetzt und beendet. Der Landessteuerzuschlag wurde von 11½ auf 12 pCt. erhöht. Ueber Antrag Gniewosz' wurden ausnahmsweise für das laufende Jahr dem Landesausschusse Virements gestattet und hat der Landtag denselben mit Errichtung einer stabilen Budgetrubrik für die Erhaltung historischer Baudenkmäler beauftragt.

**Pest**, 14. April. Im weiteren Verlaufe der Deputirten-Sitzung wurde gegen die Wahl des Baron Alexander Bay die Untersuchung beschlossen und Edm. Kallay zum Untersuchungscommissär bestellt. Die Wahlen der Barone Baldacsi und Babarczy wurden cassirt. Nächste Sitzung Montag.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. A. Boczek.

### Verzeichniß der Angekommenen und Abgereisten

vom 14. auf den 15. April.

Angekommen ist Herr Mieroszewski Ladislaus, Gutsbesitzer aus Polen.

Abgereist sind die Herren Gutsbesitzer: Homolacz Eduard, nach Gnojnik; Graf Męciński Joseph, nach Galizien.

vom 15. auf den 16. April.

Angekommen ist Herr Grabowski Felix, Gutsbesitzer aus Maliniecz.

Abgereist sind die HH. Gutsbesitzer: Bobrowski Carl, nach Kusmicz; Kępiński Wenzel, nach Galizien; Kępiński Sigmund, nach Galizien.

# Amtsblatt.

3. 6860. **Kundmachung.** (391. 2-3)

Im Zwecke der Sicherstellung der Materialien und Arbeiten zu dem laut Erlaß des hohen k. k. Staatsministeriums vom 25. Februar 1864 Z. 588 mit dem Kostenaufwande von 3386 fl. 30½ kr. ö. W. genehmigten Uferschutz- und Regulirungsbau an der Weichsel bei Kostrze wird die Offertenverhandlung am 15. Mai 1866 bei dem Podgórzer Wasserbaubezirksamte vorgenommen werden, wo auch die bezüglichen allgemeinen und speciellen Baubedingnisse eingesehen werden können.

Unternehmungslustige werden daher aufgefordert, ihre vorschriftsmäßig verfaßten mit dem 10% Vadium belegten Offerten längstens bis zum 15. Mai l. J. Mittags 12 Uhr bei dem genannten Wasserbaubezirksamte zu überreichen, wobei bemerkt wird, daß auf später eingelangte Offerten keine Rücksicht genommen werden wird.

Von der k. k. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 9. April 1866.

---

L. 3426. **Edykt.** (386. 3)

W myśl art. 73 ustawy weksl. c. k. Sąd krajowy w Krakowie na żądanie p. Teodora Kieleckiego, dnia 20 lutego 1866 do l. 3426 wniesione, wzywa posiadacza wekslu na dniu 12 lipca 1865 przez p. Arona Mandelbauma na rzecz p. Teodora Kieleckiego na sumę 450 złr. w. a. w Krakowie wystawionego, za 6 miesięcy od daty płatnego i zagubionego, aby wspomniony weksel w przeciągu dni 45 c. k. Sądowi krajowemu w Krakowie przedłożył, w przeciwnym bowiem razie po upływie powyższego terminu wspomniony weksel umorzony zostaje.

Kraków, dnia 27 marca 1866.

---

L. 2484. **Edykt.** (387. 1-3)

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Wojniczu na mocy odezwy c. k. Sądu obwodowego w Tarnowie z dnia 7 września 1865 l. 12955 niniejszém uwiadamia, iż na żądanie p. Krystyny hr. Stadnickiéj, p. Celiny Moszczyńskiéj i p. Laury Stoińskiéj w sprawie przeciw p. Elizy Köppel, Błażejowi Kurkiewiczowi, Adolfowi Ringelheimowi, Franciszkowi Noga czyli Nozyńskiemu względem zapłacenia sumy 250 duk. z przynależytościami w drodze egzekucyjnéj na zaspokojenie téjże przyznanéj sumy 250 duk. publiczna sprzedaż realności pod nr. 11.71, połowy realności pod nr. 73.74, tudzież nr. 8.9.10 w Wojniczu położonych, p. Elizy Köppel własnych, w Sądzie tutejszym na dniu 22 maja 1866, 19 czerwca 1866 i 2 lipca 1866, każdą razą o godzinie 10 zrana, pod następującemi warunkami nastąpi:

1. Za cenę wywołania stanowi się wartość szacunkowa powyższych realności, a mianowicie realności pod nr. k. 8.9.10 w ilości 400 złr. w. a., realności pod nr. k. 71 w ilości 7516 złr. 57 kr. w. a., wreszcie realności pod nr. k. 74 w ilości 500 złr. w. a. Na pierwszych dwóch terminach licytacyjnych sprzedane być mogą wspomnione realności tylko za ową cenę szacunkową lub wyższą, na trzecim zaś terminie także za niższą, najwięcéj ofiarującemu sprzedane zostaną.
2. Każdy chęć kupienia mający winien jest przed rozpoczęciem licytacyi 10tą część wartości szacunkowéj jako zakład albo w gotówce, albo w c. k. austryackich rządowych albo indemnizacyjnych obligacyach, albo w listach zastawnych gal. stanowego kredytowego Towarzystwa z niezapadłemi kuponami i talonami, jednakowoż podług ostatniego w gazecie Krakowskiéj niemieckiéj (»Krakauer Zeitung«) umieszczonego kursu nie przewyższającego tychże wartość nominalną, albo wreszcie w książeczce kasy oszczędności Tarnowskiéj do rąk komisyi licytacyjnéj złożyć, który zakład kupiciela do depozytu złożonym, innym zaś licytującym zaraz po skończonéj licytacyi zwróconym będzie.
3. Najwięcéj ofiarujący obowiązany jest w przeciągu dni 30 po doręczeniu uchwały, mocą któréj akt licytacyjny do Sądu przyjętym został, trzecią część ceny kupna do tutejszego sądowego depozytu złożyć, w którą w gotówce złożony zakład wliczonym, zaś w efektach obligacyjnych złożony zakład kupicielowi po złożeniu w gotówce trzeciéj części ceny kupna wróconym będzie.
4. Po złożeniu trzeciéj części ceny kupna (art. 3) najwięcéj ofiarującemu, nawet gdyby tego nie żądał, dekret własności kupionych realności wydanym zostanie, on jako właściciel zaintabulowanym i na nich wszystkie ciężary hipoteczne z wyjątkiem ciężarów gruntowych, które kupiciel bez strącenia od ceny kupna na siebie przyjąć obowiązanym jest, tudzież tych ciężarów, które podług warunku 7 na siebie przyjąć winien, zmazane i na cenę kupna przeniesione będą.
5. Z dniem kupna będą realności najwięcéj ofiarującemu w fizyczne jego posiadanie i używanie, jednakowoż na jego koszt oddane, od téj chwili obowiązanym będzie wszelkie nieszczęścia, jakieby rzeczone realności dotknąć mogły, ponosić, podatki monarchiczne, publiczne daniny i wszelkie z posiadaniem połączone ciężary z własnego dobytku dokładnie opłacać, toż samo podług prawa z dnia 9 lutego 1850 należytość od przeniesienia i intabulacyi z własnego zaspokoić.
6. Kupiciel obowiązany jest od dnia osiągnionego fizycznego posiadania kupionych realności od resztujących ⅔ części ceny kupna odsetki 5% rocznie w półrocznych ratach z dołu do tutejszego depozytu składać, równocześnie z intabulacyą własności w stanie biernym kupionych realności resztujące ⅔ części ceny kupna z obowiązkiem płacenia odsetek od tychże, jakotéż obowiązki kupiciela w warunkach 5, 7, 8 wyłuszczone, jak dalece takowe jeszcze wówczas dopełnioneby nie były, na rzecz wspólnéj masy wierzycieli i właścicieli realności zaintabulować.
7. Kupiciel obowiązanym będzie ⅔ części ceny kupna w przeciągu dni 30 po doręczeniu tabeli płatniczéj, jak ta prawomocność osiągnie, podług téjże wypłacić, albo się z wierzycielami wykazanemi inaczéj ułożyć i przed Sądem w 30 dniach wykazać się, oraz obowiązanym będzie pretensye tych wierzycieli, którzyby przed umówionym terminem wypowiedzenia zapłaty przyjąć nie chcieli, w miarę ceny kupna na rachunek téjże na siebie przyjąć.
8. Jeżeli kupiciel powyższym warunkom zadosyć nie uczyni, natenczas na żądanie któregokolwiek wierzyciela lub dłużnika relicytacya kupionych realności bez nowego oszacowania na jego niebespieczeństwo rozpisaną i te realności podług § 433 u. sąd. także niżéj ceny szacunkowéj w jednym terminie podług przepisu prawa sprzedane będą i wiarołomny kupiciel za wszelkie wyniknąć mogące szkody nietylko złożonym zakładem, lecz całym swym majątkiem odpowiedzialnym będzie.
9. Realność pod nr. 8, 9, 10, pod nr. 11, 71, połowa realności pod nr. 73, 74 będą albo razem, albo pojedynczo sprzedane.
10. Chęć kupienia mającym wolno jest wyciąg tabularny i akt oszacowania tychże realności w tutejszéj registraturze przejrzeć lub odpisać.

O téjże rozpisanéj licytacyi uwiadamia się obie strony, jakotéż i wierzycieli hipotecznych z tym dodatkiem, że wszystkim tymże wierzycielom, którymby rozpisanie niniejszéj licytacyi z jakiéjkolwiek przyczyny doręczoném być nie mogło, albo którzyby późniéj ze swemi pretensyami do tabuli weszli, nakoniec i tym wierzycielom, których pobyt nie jest wiadomy, jako to Maryannie Krzyżanowskiéj 2do Piotrowskiéj a względnie jéj córce Eleonorze Krzyżanowskiéj, Antoniemu Menger, kurator w osobie p. Jana Stoińskiego ustanawia się.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd.

Wojnicz, dnia 8 marca 1866.

---

L. 3014. **Edykt.** (392. 1-3)

Ze strony c. k. Sądu powiatowego w Łańcucie zawiadamia się, iż celem zaspokojenia wierzytelności Eizyka Anmutha w 252 złr. z przyn. gospodarstwo rustykalne dłużnikowi Stanisławowi Szmucowi należne, pod lk. 14 a rep. 109 w Wysoce położone, na 1300 złr. w. a. oszacowane, w drodze sądowéj egzekucyi w c. k. Sądzie powiatowym tutejszym na dniu 4 maja 1866 o godzinie 9 przed południem pod następującemi warunkami licytowane będzie:

1. Za cenę wywołania téj realności stanowi się wartość szacunkowa w 1300 złr. w. a., lecz gdyby tę cenę nikt nie ofiarował, będzie realność ta w tym terminie licytacyjnym i niżéj ceny szacunkowéj najwięcéj ofiarującemu sprzedaną.
2. Każden chęć kupienia mający winien jest przed rozpoczęciem licytacyi do rąk komisyi licytacyjnéj kwotę 130 złr. w. a. w gotówce jako wadyum złożyć, które najwięcéj ofiarującemu w cenę kupna wliczone, innym licytantom zaś zaraz po ukończonéj licytacyi zwrócone zostanie.
3. Najwięcéj ofiarujący obowiązanym jest w 30 dniach po prawomocném przyjęciu aktu licytacyjnego do wiadomości sądowéj połowę ceny kupna, w którą wadyum wliczone będzie, do depozytu sądowego złożyć.
4. Zaraz po dopełnieniu warunku 3 będzie kupicielowi nabyta realność w fizyczne posiadanie oddaną. Z dniem objęcia posiadania przyjmuje też kupiciel na siebie obowiązek opłacenia wszelkich podatków i danin eraryalnych i publicznych z posiadaniem gospodarstwa tego połączonych.
5. We dwa miesiące po terminie do wypłaty pierwszéj połowy ceny kupna wyznaczonym, wypłaci kupiciel drugą połowę ceny kupna oraz z 5% odsetkami od téj połowy z dniem objętego fizycznego posiadania liczyć się mającemi.
6. Po dopełnieniu warunków ustępem 3 i 5 oznaczonych, wręczony będzie kupicielowi dekret własności co do nabytego gospodarstwa.
7. W razie, gdyby kupiciel cenę kupna w terminach w ustępach 3 lub 5 wyznaczonych nie złożył, natedy traci wadyum i gospodarstwo to na jego koszt i odpowiedzialność na nowo w jednym terminie, za jakąbądź cenę kupna sprzedane będzie.
8. Kupicielowi nie przyznaje się ewikcyi.
9. Kupiciel realności obowiązany będzie realnie ciążące na tejże długi, o ile cena kupna dostarczy, na siebie przyjąć, jezli wierzyciele przed czasem nie zechcą przyjąć odpłaty.
10. Akt opisania i oszacowania realności i warunki licytacyjne wolne są w tutejszym c. k. Sądzie do przejrzenia.

Z c. k. Sądu powiatowego.

Łańcut, 20 grudnia 1865.

---

3. 3594. **Edict.** (385. 2-3)

Von dem k. k. Kreisgerichte in Tarnow wird hiemit bekannt gemacht, es sei auf Ansuchen der Sara Fink in Tarnow hinsichtlich des angeblich in Verlust gerathenen, am 21. Februar 1862 von Schulem Fink an eigene Ordre ausgestellten und an Sara Fink indossirten zwei Monate a dato in Tarnow zahlbaren, auf Ignaz Gołębiowski gezogenen, und von demselben acceptirten Wechsel pr. 110 fl. ö. W. in die Ausfertigung eines Amortisationsedictes gewilligt worden.

Es werden daher alle jene, welche diesen Wechsel in den Händen haben, oder hierauf aus was immer für einem Rechtsgrunde einen Anspruch zu machen gedenken, gemäß Art. 73 der W.-O. aufgefordert, denselben binnen 45 Tagen von heute so gewiß hierorts vorzulegen, widrigens nach Verlauf dieser Frist dieser Wechsel als amortisirt erklärt werden würde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreis-Gerichtes.

Tarnow, am 26. Februar 1866.

---

L. 4043. **Edykt.** (395. 1-3)

C. k. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Henrykę z Lewartowskich Bielińską, że przeciw niéj na dniu 28 lutego 1866, do l. 4043 p. Edward Skirliński wniósł pozew wekslowy o zapłacenie sumy 131 złr. 36 kr. w. a. wraz z procentem zwłoki 6% od dnia 14 lipca 1864, a to na zasadzie wekslu dto. Kraków dnia 13 kwietnia 1864, płatnego w 3 miesiące od daty wystawienia i w załatwieniu tegóż pozwu wydanym został na dniu dzisiejszym nakaz zapłacenia powyższéj sumy w ciągu dni trzech.

Gdy miejsce pobytu pozwanéj p. Henryki z Lewartowskich Bielińskiéj nie jest wiadomém, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanéj, jak równie na koszt i niebespieczeństwo téjże tutejszego adwokata p. Dra. Witskiego kuratorem nieobecnéj ustanowił, dodając mu na zastępcę p. adw. Dra. Balko, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatém niniejszym edyktem pozwanéj, aby w wyż oznaczonym czasie swe zarzuty wniosła, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niéj zastępcy udzieliła, lub wreszcie innego obrońcę sobie wybrała i o tém c. k. Sądowi krajowemu doniosła, w ogóle zaś aby wszelkich możebnych do obrony środków prawnych użyła, w razie bowiem przeciwnym wynikłe z zaniedbania skutki sama sobie przypisaćby musiała.

Kraków, dnia 5 marca 1866.

---

Nr. 5525. **Edict.** (390. 1-3)

Vom Tarnower k. k. Kreisgerichte wird dem Felix de Morsko Morski mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider denselben Jakob Kornfeld pto. Wechselsumme von 1200 fl. ö. W. s. N. G. unterm 26. März 1866 z. Z. 5525 eine Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 30. März 1866 der Zahlungsauftrag erlassen wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Felix zu Morsko Morski unbekannt ist, so hat das k. k. Kreisgericht zu dessen Vertretung und auf Gefahr und Kosten den hiesigen Hrn. Advocaten Dr. Hoborski mit Substituirung des Hrn. Advocaten Dr. Jarocki als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtssache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Kreisgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben würde.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes.

Tarnow, am 30. März 1866.

---

# Anzeigeblatt.



---

## Wiener Börse-Bericht

vom 14. April.

**Öffentliche Schuld.**

| | Geld | Waare |
|---|---|---|
| **A. Des Staates.** | | |
| Zu Oestr. W. zu 5% für 100 fl. | 52.50 | 52.75 |
| Aus dem National-Anlehen zu 5% für 100 fl. | | |
| mit Zinsen vom Jänner — Juli | 60.70 | 61.— |
| vom April — October | 60.70 | 61.— |
| Metalliques zu 5% für 100 fl. | 56.75 | 57.— |
| detto " 4½% für 100 fl. | 49.25 | 49.75 |
| mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. | 129.50 | 130.50 |
| " 1854 für 100 fl. | 72.— | 73.— |
| " 1860 für 100 fl. | 83.25 | 83.75 |
| Prämienscheine vom Jahre 1864 zu 100 fl. | 65.25 | 65.40 |
| " " " zu 50 fl. | —.— | —.— |
| Como-Rentenscheine zu 42 L. austr. | 15.50 | 16.— |
| **B. Der Kronländer.** | | |
| Grundentlastungs-Obligationen | | |
| von Nieder-Öster. zu 5% für 100 fl. | —.— | 78.— |
| von Mähren zu 5% für 100 fl. | 73.— | 77.— |
| von Schlesien zu 5% für 100 fl. | 87.— | 88.— |
| von Steiermark zu 5% für 100 fl. | 81.— | 84.— |
| von Tirol zu 5% für 100 fl. | 95.— | 98.— |
| von Kärnt., Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl. | 82.— | 86.— |
| von Ungarn zu 5% für 100 fl. | 60.75 | 61.75 |
| von Temeser Banat zu 5% für 100 fl. | 59.50 | 60.50 |
| von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl. | 62.— | 64.— |
| von Galizien zu 5% für 100 fl. | 60.50 | 61.50 |
| von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl. | 56.— | 57.— |
| von Bukowina zu 5% für 100 fl. | 59.— | 60.— |
| Galiz. Landessch. v. 1866 rückz. zu 7% für 100 fl. | —.— | —.— |
| **Actien** (pr. St.) | | |
| der Nationalbank | 698.— | 700.— |
| der Credit-Anstalt zu 200 fl. östr. W. | 130.80 | 131.20 |
| der Niederöst. Escompte-Gesellsch. zu 500 fl. ö. W. | 550.— | 555.— |
| der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. C.M. | 1380. | 1385. |
| der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. CM. oder 500 Fr. | 151.— | 151.50 |
| der vereinigten südöster. lomb.-ven. und Centr.-ital. Eisenbahn zu 200 fl. östr. W. oder 500 Fr. | 156.— | 158.— |
| der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. CM. | 110.50 | 111.— |
| der galiz. Karl Ludwigs-Bahn zu 200 fl. CM. | 141.— | 141.40 |
| der Lemberg-Czernowitzer Eisenb.-Ges. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 35% Einz. | 57.— | 59.— |
| der priv. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W. | 128.— | 130.— |
| der Süd-nordd. Verbind.-B. zu 200 fl. CM. | 96.— | 97.— |
| der Theisb. zu 200 fl. CM. mit 140 fl. (70%) Einz. | 147.— | 147.— |
| der österr. Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zu 500 fl. CM. | 429.— | 431.— |
| des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. CM. | —.— | 188.— |
| der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. östr. W. | —.— | 330.— |
| der Ofen-Pesther Kettenbrücke zu 500 fl. CM. | —.— | 330.— |
| **Pfandbriefe** | | |
| der Nationalbank auf C.-M. 10jährig zu 5% für 100 fl. | 104.50 | 105.— |
| der Nationalbank auf C.-M. verlosbar zu 5% für 100 fl. | 84.— | 84.25 |
| auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl. | 80.— | 80.25 |
| Galiz. Credit-Anstalt östr. W. zu 4% für 100 fl. | —.— | —.— |
| **Lose** | | |
| der Credit-Anstalt zu 100 fl. östr. W. | 103.— | 103.50 |
| Donau-Dampfsch.-Gesellschaft zu 100 fl. CM. | 77.— | 78.— |
| Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. CM. | 107.— | 108.— |
| " " " zu 50 fl. CM. | 46.— | 47.— |
| Stadtgemeinde Ofen zu 40 fl. östr. W. | 21.— | 22.— |
| Esterhazy zu 40 fl. CMze | 70.— | 75.— |
| Salm zu 40 fl. " | 24.— | 25.— |
| Palffy zu 40 fl. " | 20.— | 21.— |
| Clary zu 40 fl. " | 20.— | 21.— |
| St. Genois zu 40 fl. " | 20.— | 21.— |
| Windischgrätz zu 20 fl. " | 14.— | 15.— |
| Waldstein zu 20 fl. " | 17.— | 18.— |
| Keglevich zu 10 fl. " | 13.— | 13.50 |
| K. k. Hospitalfond zu 10 fl. österr. Währ. | 10.50 | 11.— |
| **Wechsel. 3 Monate.** | | |
| Bank- (Platz-) Sconto | | |
| Augsburg, für 100 fl. süddeutscher Währ. 5% | 89.— | 89.25 |
| Frankfurt a. M., für 100 fl. süddeut. Währ. 4½% | 89.— | 89.25 |
| Hamburg, für 100 M. B. 5½% | 78.50 | 78.50 |
| London, für 10 Pf. Sterl. 6% | 105.20 | 105.70 |
| Paris, für 100 Francs 3½% | 42.— | 42.15 |

**Cours der Geldsorten.**

| | Durchschnitts-Cours fl. | kr. | fl. | kr. | Letzter Cours fl. | kr. | fl. | kr. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Kaiserliche Münz-Dukaten | — | — | — | — | 5 | 5 | 5 | 6 |
| " vollw. Dukaten | — | — | — | — | 5 | 5 | 5 | 6 |
| Krone | — | — | — | — | 14 | 60 | 14 | 65 |
| 20 Francstücke | 8 | 59 | 8 | 54 | 8 | 54 | 8 | 56 |
| Russische Imperiale | — | — | — | — | 8 | 72 | 8 | 77 |
| Vereinsthaler | — | — | — | — | 1 | 57½ | 1 | 58¼ |
| Silber | — | — | — | — | 105 | 25 | 105 | 50 |

---

## Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 10. September 1865 angefangen bis auf Weiteres

**Abgang**

von **Krakau** nach Wien 7 U. 10 M. Früh, 3 U. 30 M. Nachm.; — nach Breslau, nach Ostrau und über Oderberg nach Preußen und nach Warschau 8 Uhr Vormittags; — nach Lemberg 10 Uhr 30 Min. Vorm., 8 Uhr 30 Minuten Abends; — nach Wieliczka 11 Uhr Vormittags.

von **Wien** nach Krakau 7 Uhr 15 Min. Früh, 8 Uhr 30 Minuten Abends.

von **Ostrau** nach Krakau 11 Uhr Vormittags.

von **Lemberg** nach Krakau 5 Uhr 20 Min. Abends und 5 Uhr 10 Min. Morgens.

**Ankunft**

in **Krakau** von Wien 9 Uhr 45 Min. Früh, 7 Uhr 45 Min. Abends; — von Breslau 9 Uhr 45 Min. Früh, 5 Uhr 21 Min. Abends; — von Warschau 9 Uhr 45 Min. Früh; — von Ostrau über Oderberg aus Preußen 5 Uhr 27 Minut. Abends; — von Lemberg 6 Uhr 11 Min. Früh, 2 Uhr 51 Min. Nachm.; — von Wieliczka 6 Uhr 15 Min. Abends. —

in **Lemberg** von Krakau 8 Uhr 32 Min. Früh, 9 Uhr 40 Minuten Abends.


Druck und Verlag des **Carl Budweiser.**